

DIE EU-STRATEGIEPLÄNE BIS 2020 für die Weltmacht EU MILITÄRISCH UND ZIVIL

MÜNCHNER BÜRGER-
FRIEDEN UND

www.bifa-muenchen.de



INITIATIVE FÜR
ABRÜSTUNG

BIFA

BIFA Vortrag 10.11.2010 von Ursula Dersch:

**Die EU-Strategiepläne bis 2020
FÜR DIE WELTMACHT EU
Militärisch und Zivil**

European Union Institute for Security Studies,
What ambitions for European defence in 2020? 2. Aufl. Okt. 2009

Zusammenfassung des 1. Teils

1. Bestandsaufnahme der EU-Militärpolitik 1999-2009
 - 1.1 Die EU-Militarisierung 1999-2009
 - 1.2 Die Bedeutung des Lissabon-Vertrags für die Militarisierung der EU

2. Prognosen zur globalen Situation bis 2020
 - 2.1 mögliche globale Machtkonstellationen
 - 2.2 Kriege zwischen den globalen Hauptmächten
 - 2.3 Die „neuen“ Krieg
 - 2.4 Globale soziale Kämpfe
 - 2.5 Ressourcenknappheit und die ökologische Krise
 - 2.6 Die neue Bedrohung durch Cyber-Kriege

3. Die Bedeutung militärischer Macht für die EU

4. Das Verhältnis zwischen EU – USA – NATO

5. Empfehlungen für die Europ. Sicherheits- und Verteidigungspolitik
 - 5.1 Einsatz- und Interessengebiete der EU
 - 5.2 Effektivitätssteigerung im militärischen Sektor
 - 5.3 Ausbau der zivil-militärischen Zusammenarbeit

6. Die Einstellung der Bevölkerung zur Militarisierung

1. Bestandsaufnahme der EU-Militärpolitik 1999-2009

1.1 Die Militarisierung der EU 1999 – 2009

Im Juni 1999 wurde auf dem Gipfeltreffen des Europäischen Rats in Köln beschlossen, dass die EU Eingreiftruppen für globale Kriegseinsätze aufstellt. In der Deklaration vom Dezember 2008 legte der Europäische Rat die Zielgröße für die Truppenstärke fest: Bis 2020 sollen der EU 60 000 Soldaten zur Verfügung stehen (wegen des Rotationsprinzips 180 000).

Während der vergangenen zehn Jahre hat die EU 22 Missionen auf vier Kontinenten durchgeführt (Kongo, Tschad, Balkan u.a.) mit 10 000 Soldaten und 4000 Polizisten, hebt Javier Solana im Vorwort der Studie hervor. Die ESVP sei der Vorreiter bei der Entwicklung des zivil-militärischen Ansatzes.

In der Studie wird auf Mängel der bisherigen militärischen Zusammenarbeit hingewiesen: Für die EU-Staaten ist es leichter, Truppen und Polizisten zur Verfügung zu stellen als gemeinsame politische Positionen zu finden. Der Fortschritt bei Verteidigungsfragen war schneller und besser als in der Außenpolitik (S.24).

Nach der Einschätzung von Nicole Gnesotto gilt die EU 2009 noch als „*marginaler, kaum bekannter „Security-Player“*“. Beim Ausbau der EU zu einem mächtigen globalen Akteur gibt es drei Handicaps:

- schlechte Koordination bei der Bereitstellung von Soldaten und Polizisten
- Behinderung einer gemeinsamen EU-Außenpolitik vor allem durch Großbritannien. Durch die Aufnahme osteuropäischer Länder ist die Position der „Atlantiker“ gestärkt worden.
- die ungeklärte Beziehung der ESVP zur NATO (S.29ff)

Während Struktur- und Koordinationsprobleme dargestellt werden, fehlt ein Aspekt völlig: Kein Experte analysiert, welche „Ergebnisse“ die EU-Militäreinsätze für die betroffenen Länder und deren Bevölkerung hatten.

1.2 Die Bedeutung des Lissabon-Vertrags für die Militarisierung der EU

Der Leiter des ISS, Alvaro de Vasconcelos, hebt die enorme Bedeutung des Lissabon-Vertrags für die Militärpolitik der EU hervor und zeigt sehr deutlich seine Erleichterung, dass nach der 2. Volksabstimmung in Irland die Ratifizierung des Lissabon-Vertrags möglich wurde. Der Lissabon-Vertrag schafft „hervorragende Bedingungen für die Umsetzung der road map für die europäische Verteidigungspolitik bis 2020“ (S.11) .

Wichtig sind:

- die Schaffung des Europ. Auswärtigen Dienstes (EAD), EU-Parlament hat im Okt. 2010 seine Zustimmung erteilt.
- die Einführung der „ständigen strukturierten Zusammenarbeit“ (SSZ)

Bis zum Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags mussten wichtige außen- und sicherheitspolitische Beschlüsse einstimmig erfolgen. Das bislang gültige Konsensprinzip wird ausgehebelt durch Art. 46 (6), ein Minimum von neun „willigen und fähigen“ Mitgliedern kann Entscheidungen treffen (S.13). Die Einstimmigkeit bezieht sich nur noch auf die willigen Mitgliedstaaten (S.25). Eine einzige Autorin der Studie warnt vor diesem Verfahren. Nicole Gnesotto betont, die Stärke der EU liege in ihren kollektiven Entscheidungen. Wer dieses Prinzip verlässt und eine „Mini-Verteidigung“ einrichtet, sei zu wirklicher Machtlosigkeit verurteilt (S.37).

- die Neuregelung der Finanzierung von EU-Militäraktionen

Bis zum Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags war es verboten, Gelder aus dem EU-Haushalt für militärische Zwecke zu verwenden. Art.41 (3) erlaubt, dass mit dem „Anschubfonds“ Militärausgaben beglichen werden dürfen. Weder das EU-Parlament, noch nationale Parlamente können die Gelder kontrollieren. Allein die Regierungschefs treffen die Entscheidung.

- Möglichkeit von Militäreinsätzen im Innern, auch in EU-Mitgliedstaaten

Durch die „Solidaritätsklausel“ (Art. 222) sind die EU-Staaten zum gegenseitigen Beistand mit allen zivilen und militärischen Mitteln verpflichtet, nicht nur bei einem Terroranschlag, sondern auch „*bei einer von Menschen verursachten Katastrophe*“. Damit sind auch „*soziale Unruhen*“ gemeint, laut EU-Militärstabschef Bentégeat (S.99)

vgl: Sabine Lösing, Jürgen Wagner, *EU-Militarisierung 2020*. IMI Ausdruck Febr. 2010, S.34

2. Prognosen zur globalen Situation bis 2020

2.1 vieldiskutierte globale Machtkonstellationen

Jolyon Howorth stellt die in den letzten Jahren diskutierten Machtkonstellationen vor (S.39 f.):

Die **unipolare** Welt: USA ist die einzige Weltmacht.

Die **bipolare** Welt : China steigt neben der USA zur zweiten Weltmacht auf. Der Ökonom C. Fred Bergsten empfiehlt der USA, China als Hauptpartner in ökonomischen Fragen zu sehen, auch wenn Europa dadurch zurückgesetzt wird.

Die **nicht-polare** Welt: Richard Hass (Präsident des US-Rats für Außenpolitik) prognostiziert ein wachsendes internationales Chaos. regionale Regime, NGO's, multinationale Gruppierungen, kriminelle Banden u.a. kämpfen um Einfluss und Macht.

Die **multipolare** Welt: Der Einfluss einer Zahl aufstrebender Staaten wächst, etwa 7 Hauptmächte werden rivalisieren, u.a. die BRIC-Staaten. Verschiedene Szenarien sind möglich, eine „Welt ohne den Westen“, ein neuer Weltkrieg zwischen China und Indien.

Vasconcelos schreibt, schon heute ist die Welt zweifellos multipolar. Die gegenseitigen Abhängigkeiten, z.B. im Energiesektor, nehmen zu, USA und Europa droht ein erheblicher Machtverlust – sowohl in einer multipolaren , als auch in einer nichtpolaren Welt (S.22).

Die **interpolare** oder **multilaterale** Welt: Sie ist die einzige Chance für die EU, einen drohenden Machtverlust zu vermeiden und zwar dadurch, dass die großen Mächte kollektive Regeln und Normen aufstellen und in strategischen Netzwerken kooperieren. Nur in dieser strukturierten Weltordnung kann die EU eine wesentliche Rolle spielen.

2.2 Kriege zwischen den globalen Hauptmächten

Im 21. Jh. sind Kriege zwischen den Großmächten höchst unwahrscheinlich und zwar aus folgenden Gründen:

Das Vernichtungspotential moderner Waffensysteme ist ungeheuer groß. Vor allem die militärische Überlegenheit der USA ist so überwältigend, dass für jeden schwächeren Staat ein Angriff selbstmörderisch wäre (S.44).

Außerdem besteht eine große strukturelle Abhängigkeit zwischen den „Eliteststaaten“. Die Vorteile der Kooperation und Integration übertreffen bei weitem mögliche Vorteile, die evtl. durch das Austragen von Konflikte erzielt werden könnten. Ob dies so bleibt, hängt aber vom Funktionieren des globalen ökonomischen Systems ab. Falls dies zusammenbricht, erodiert wahrscheinlich auch die politische Ordnung (S.62).

2.3 Die „neuen Kriege“

Die neuen Kriege im 21. Jh. werden anders sein als die „klassischen“ Kriege. Es wird in Zukunft vermehrt asymmetrische Waffengänge geben. Die Bedrohung entsteht durch Aufstände, Bürgerkriege, Banditentum und Piraterie.

Die EU ist von der Destabilisierung vieler Regionen betroffen durch die nach Europa eindringenden Flüchtlingsströme, die Unterbrechung der Rohstoffversorgung und den Terrorismus (Howorth S.44).

2.4 Globale soziale Kämpfe

Gewaltsame Konflikte werden in Zukunft nicht innerhalb der „Elite-Gemeinschaft“ ausgetragen, sondern zwischen ungleichen globalen, sozial-ökonomischen Klassen (Ries S.63).

Es wird eine Transformation vom „zwischenstaatlichen industriellen Krieg“ zum „Krieg innerhalb der Bevölkerung“ geben (S.64).

Die „Welt ist zu einem globalen Dorf zusammengewachsen, aber es ist ein Dorf am Rande der Revolution“ (S.68). Die Gemeinschaft der Eliten steht wachsenden explosiven Spannungen der unteren armen Schichten gegenüber.

Die globale Klassengesellschaft (Ries S.68)

Globale Ebene	Staaten u. Institutionen	Anteil der Weltbevölkerung
Transnationale Unternehmen	Umfeld der 1000 größten Transnationalen Unternehmen	0,10%
Die postmoderne Gemeinschaft	OECD	15,00%
Privilegierte aus den Schwellenländern	China, Indien, Brasilien	5,00%
Regionale Ebene		
Sich aufbäumende/sich anstrengende (struggling) moderne Staaten	Viele aus der arabischen Welt	10,00%
Entfremdete moderne Staaten	Nord-Korea, Burma, Russland ?	5,00%
Vormoderne Gesellschaften	Die unteren Milliarden	65,00%

Übersetzung von Leo Mayer, Hard Power. Referat Jan. 2010

Folgende Empfehlungen gibt Ries der EU (S.69):

EU – Umfeld der transnationalen Unternehmen:

Die EU soll zu ihnen eine „symbiotische Beziehung“ entwickeln. Die Konzerne verfügen über große ökonomische und technologische Macht, aber sie brauchen den Staat und der Staat braucht sie.

EU – postmoderne Gemeinschaft

Die EU soll eng mit den entwickelten kapitalistischen Ländern zusammen-arbeiten, damit „unser herrschendes globale System“ nicht kollabiert. Die ESVP muss zu „Friedenserhaltenden“ Maßnahmen bereit sein.

EU – Schwellenländer

Die EU soll sich um die Integration der aufstrebenden Schwellenländer bemühen.

EU – „sich anstrengende“ Staaten

Die Regime sollten ökonomisch und in Sicherheitsfragen unterstützt werden.

Ob diese Regime Diktaturen sind, erscheint für die Hilfe des Westens unerheblich,

In diesen Staaten gibt es ein großes Potential für Terror und Kriminalität. Die EU muss diesen Regimen durch „friedenserhaltende“ und „friedenschaffende“ Maßnahmen „helfen“ .

EU – Entfremdete Staaten

Nordkorea, Burma und Russland sehen in der gegenwärtigen Globalisierung eine Bedrohung. Diese entfremdeten Staaten müssen dazu gebracht werden, ihre Haltung zu ändern. Wenn dies scheitert, muss die EU auch „hard power politics“ anwenden. Möglicherweise kommt es zu einer direkten militärischen Konfrontation, falls die Einflussbemühungen der EU scheitern.

Die Experten der Studie kommen bei der Beurteilung Russlands zu keiner einheitlichen, eindeutigen Einschätzung.

EU – Vormoderne Gesellschaften

Die vormodernen Gesellschaften verursachen viele transnationale Probleme. Die EU muss hier u.a. Maßnahmen zur „Staatenbildung“ ergreifen.

2.5 Ressourcenknappheit und ökologische Krise

Ries weist auf weiteres Konfliktpotential hin:

- die Knappheit nicht erneuerbarer Rohstoffe (Öl, Mineralien u.a.)
- den Kampf um Wasser, fruchtbare Böden, ertragreiche Fischgründe

Wir werden einen teuren Preis zahlen, wenn wir nicht bald wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreifen. Es ist zu befürchten, dass sich die ökologische Krise bis 2020 erheblich zuspitzen wird (S.70).

Kommentar: Die Beschreibung der sozialen und ökologischen Probleme erscheint einleuchtend. In der Studie fehlt jedoch die Analyse der Ursachen für die katastrophale Lage. Es wird kein Gedanke darauf verschwendet, inwieweit der neoliberale Kapitalismus verantwortlich ist für das Elend des größten Teils der Weltbevölkerung.

Selbst als Mittel gegen die ökologische Krise fällt den Experten des ISS nur „robuste Gewalt“ ein , z.B. Truppeneinsätze zum Schutz der tropischen Regenwälder (S.70).

2.6 „Cyber Krieg“ als neue Bedrohung

Die postindustriellen Gesellschaften sind äußerst verwundbar durch Angriffe auf ihre Computersysteme. Diese Gefahr wird in den nächsten Dekaden zunehmen.

Neue, nichtstaatliche Akteure werden mächtig. Die EU muss Fähigkeiten entwickeln, um den „Cyber Krieg“ zu managen (Ries S.62).

3. Die Bedeutung des Militärs für die EU

Ausgangspunkt für die Überlegungen aller Experten der Studie ist die Frage, wie die EU ein „globaler Akteur“ werden kann. Vasconcelos sagt, wenn die EU eine globale Rolle spielen will, muss sie über starke Militärkräfte verfügen. Die militärische Stärke ist eine wesentliche Voraussetzung für eine „Beziehung unter gleichen“ (S.21).

Früher hing die Sicherheit großenteils davon ab, die Staatsgrenzen zu verteidigen und das politisch-ökonomische System im eigenen Land zu schützen. Heute gibt es einen neuen „Sicherheitsbegriff“: Sicherheit ist zunehmend abhängig von global fließenden transnationalen „Strömen“. Hier liegt die Hauptaufgabe für transnationale Konzerne, die reichen OECD-Staaten und die Privilegierten in den aufstrebenden Schwellenländern. Wenn diese globalen Ströme versiegen, bricht alles zusammen. Die postmoderne Gemeinschaft hat in den kommenden Dekaden die Aufgabe, die Entwicklung der von ihr gewünschten Globalisierung abzusichern und ein neues politisches System zu entwickeln mit neu aufsteigenden Akteuren und Machtbeziehungen. Wenn die EU das richtig macht, kann sie ein Hauptakteur werden, andernfalls versinkt sie in einer verarmten und gewalttätigen multipolaren Welt. Angesichts der Verwundbarkeit der hochtechnisierten Gesellschaften gewinnt das Militär an Bedeutung (Ries S.69 f.).

Wenn die EU eine klare gemeinsame Strategie entwickelt, kann sie sich als eine „Macht an der Viererspitze qualifizieren“ und zwar in folgender Reihenfolge: China, EU, USA, Indien. Wenn die EU nicht zusammensteht, wird kein einzelner europäischer Staat zu den großen Fünf gehören, Europa würde marginalisiert, Deutschland auf dem 6., Frankreich und Großbritannien auf dem 9. und 10. Platz (Howorth S. 43).

4. Das Verhältnis der EU zu USA und NATO

Angesichts der Weltmachtambitionen der EU beschäftigt die Autoren der Studie die Frage, welche Auswirkungen diese Machtträume auf das Verhältnis zu USA und NATO haben.

Lange Zeit stand die USA der ESVP ambivalent gegenüber: mal galt die als Verbündeter, mal als Rivale. Die USA fürchtete, dass die ESVP die NATO unterminiert und reagierte heftig auf Versuche der EU, autonome Kapazitäten zu entwickeln. Mittlerweile steht die USA der ESVP eine begrenzte Unabhängigkeit von der NATO zu (Lerrabee S.51 u. S.53).

Howorth bezweifelt, dass Obama die Beziehung zu Europa als besonders wichtig einschätzt, selbst wenn Obama beim NATO-Jubiläumsgipfel im April 2009 „warmherzige Erklärungen über die Zusammenarbeit“ gab. Die USA hat viele strategische Partnerschaften, auch die zu China sei nicht völlig abwegig (S.40 f.).

Auch für die EU könnte sich eine Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Hauptpartnern (z.B. Indien, China, Afrikanischen Union, Lateinamerika) ergeben, schreibt Vasconcelos. Allerdings bleibt seiner Meinung nach die Allianz mit der USA unverzichtbar. Er betont, die USA, nicht die NATO, sind für die EU der wichtigste Partner. Die NATO ist für die EU nicht die einzige Option, wenn es um die internationale Sicherheit geht. Eine starke ESVP handelt unabhängig von der NATO. Die USA müssen anerkennen, dass dies auch in ihrem Interesse ist (S.22).

Die USA haben traditionell die strategische Planung von NATO-Einsätzen als Ihre ureigenste Aufgabe betrachtet. 1999 einigten sich USA und EU darauf, dass die EU am Krisenmanagement beteiligt wird, „wenn die NATO nicht als Ganzes involviert“ ist. Trotzdem kam es bei EU-Militäraktionen zu Spannungen mit USA und NATO, z.B. in der Kongokrise 2003 (S.56).

Die Revision der NATO-Strategie hat 2010 begonnen und gibt der EU die Möglichkeit, für die von ihr bevorzugte zivil-militärische Strategie Gehör zu finden. Die NATO sollte eine militärische Organisation bleiben, aber keine Organisation für Krisenmanagement werden, empfiehlt Vasconcelos (S.23). Die Rückkehr Frankreichs ins NATO-Kommando stärkt die EU.

In der Vergangenheit ging es darum, „wie kann die NATO Europa helfen“, heute braucht die NATO die Unterstützung der EU, die EU besitzt viele Fähigkeiten, die der Nato fehlen (S.56).

Umstritten ist der Aktionsraum der NATO. Während die USA den globalen Einsatz der NATO befürwortet, lehnen viele EU-Staaten dies ab. Allerdings gibt es Differenzen innerhalb der EU: Großbritannien und „die Atlantiker“ stehen auf Seiten der USA, Frankreich strebt nach mehr Autonomie für die ESVP.

Für viele verblüffend haben im Nov. 2010 Frankreich und Großbritannien eine strategische Partnerschaft vereinbart, die Auswirkungen sind noch nicht abschätzbar.

5. Empfehlungen für die ESVP

Die Politik der EU ist nur glaubwürdig, wenn sie bereit ist, **alle** nötigen Mittel, auch militärische, einzusetzen (Silvestri S.76).

5.1 Einsatz- und Interessengebiet der ESVP

Stellenwert	Regionen
1. Priorität	Balkan, Mittelmeerraum, Schwarzes Meer, Grenzgebiet zwischen EU u. Russland
2. Stelle	Afrika, mittlerer Osten: Israel, Palästina, Libanon
3. Stelle	Eurasische Krisenzonen, insbes. Seewege vom Suezkanal bis Shanghai
4. Stelle	Afghanistan, Pakistan, Burma (Myanmar)

Howorth S.45

5.2 Effektivitätssteigerung im militärischen Sektor

Experten empfehlen:

- die schon 2008 anvisierte Bereitstellung von 180 000 Soldaten
Die EU soll mehrere Militäreinsätze gleichzeitig durchführen können.
- die Schaffung eines europäischen Hauptquartiers
Damit lassen sich Militäroperationen schneller und effektiver planen.
- die Harmonisierung der Waffensysteme
Da die EU-Staaten kaum bereit sind, mehr Geld für Rüstung auszugeben, sollten die Waffensysteme besser aufeinander abgestimmt werden.
- Der Aufbau eines gemeinsamen Aufklärungssystems
Bisher sind die Nachrichtendienste in nationaler Hand, eine Änderung ist nötig.
- Die enge Verzahnung der europäischen Verteidigungs- mit der Außenpolitik (S.76)

Wegen der nationalen Souveränität in Verteidigungsfragen ist es noch nicht möglich, eine europäische Armee zu bilden (S.83).

Zur Zeit gibt es keine rechtlich bindenden Vereinbarungen über die ESVP. Alle Entscheidungen sind **formal** Kooperationen zwischen den Einzelstaaten.

Die praktischen Entwicklungen werden den institutionellen vorausgehen und deren Notwendigkeit zeigen. Widerstand verschwindet nicht, wird aber schwächer (S.84).

5.3 Zivil-militärische Kooperation

Die zivilen Kapazitäten der EU sind beachtlich, heißt es in der Studie. Schon seit Jahren schickt die EU neben den Soldaten auch Polizisten, Richter und Verwaltungsbeamte in Krisengebiete. Beim Einsatz von NGOs erwähnen die Experten nur ein Problem: Da es bei NGOs häufig zum Personalwechsel kommt, fehlen den zivilen Helfern oft Kenntnisse der fremden Kultur und lokalen Situation.

Zivil-militärische Vernetzung bedeutet nicht nur die Unterstützung des Militärs durch zivile Helfer, sondern auch die Übernahme ziviler Aufgaben durch Soldaten, z.B. bei einem Streik auch innerhalb der EU (Ries S.65).

Es darf keine Trennung zwischen dem militärischen und zivilen Krisenmanagement geben. Es ist klar, dass militärische Entscheidungen die Bedingungen für zivile Aktionen setzen und umgekehrt. Es muss eine einzige Strategie geben, getrennte Kommandoinstanzen führen zu Verwirrung und Ineffektivität.

Erstaunlich offen wird darauf hingewiesen, dass viele Europäer sich Illusionen machen, wenn sie die EU als zivilen Akteur ansehen. „*Eines muss in der EU klar sein, es geht nicht einfach nur darum Gutes zu tun.*“ Priorität für die EU muss sein, ihre vitalen Interessen zu schützen. Die ESVP zielt darauf ab, die EU in einen „Sicherheits-Akteur“ zu transformieren. Es soll deutlich gemacht werden, dass die EU fähig und bereit ist, auch „hard power“ anzuwenden (Silvestri S.80 f.).

Im Unterschied zu vielen Europäern bewerten die Menschen in anderen Teilen der Welt die Politik Europas anders. Nach den Erfahrungen mit dem europäischen Imperialismus und Kolonialismus erscheint ihnen Europa nicht als „Hort der Selbstlosigkeit und des Altruismus“ (S.41).

6. Die Einstellung der Bevölkerung zur ESVP

Alle Experten, die sich mit der Einstellung der Bevölkerung zu Aufrüstung und Militarisierung beschäftigen, kommen zum gleichen Ergebnis: Ein großer Teil der Mensch lehnt Aufrüstung und Kriege ab.

Sehr unterschiedlich sind die Erklärungen für die Haltung der Bevölkerung:

Gnesotto vermutet, dass die öffentliche Meinung angesichts der ökonomischen Krise kein Verständnis für zusätzliche Ausgaben im Militärbereich hat (S.32).

Ries charakterisiert die EU als weiche postmoderne Gesellschaft, die eine Ablehnung gegen Leiden und Opfer hat. Bei einem signifikanten Teil der politischen Führer und der EU-Gesellschaft fehlt der Wille hochintensive militärische Gewalt anzuwenden (S.71).

Silvestri verweist darauf, dass es zur Zeit keine klare Bedrohung von kontinentaler Dimension gibt (S.80).

Alle Experten sind sich darin einig:

Obwohl es schwierig für die EU ist, etwas einzurichten, das mit dem Wort „Schlacht“ beginnt, muss die Politik die Militarisierung mit aller Kraft durchsetzen, gleichgültig, was der Souverän, « der Lämmel Volk », will.

Text der Studie des ISS zum Download unter:

http://www.iss.europa.eu/uploads/media/What_ambitions_for_European_defence_in_2020.pdf